

Stadtwerke-Chef fordert Steuersenkung auch für Strom

Axel Schneegans geht mit der Bundesregierung weiter ins Gericht. Sein offener Brief an Robert Habeck schlägt Wellen – der Adressat reagiert nicht.

VON STEFFEN JANKOWSKI

FREIBERG/BERLIN – Diesmal kam die Antwort aus Berlin schneller als erwartet. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat am Donnerstag angekündigt, dass die Mehrwertsteuer auf Erdgaslieferungen auf 7 Prozent gesenkt werden soll. Am Mittwochabend hatte Axel Schneegans als Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Freiberg AG die Bundesregierung aufgefordert, die Mehrwertsteuer für Erdgas und Strom zu senken.

In seinem Blogeintrag auf der Internetseite der Freiburger Stadtwerke hatte Schneegans darauf verwiesen, dass der Mindestsatz für die ermäßigte Umsatzsteuer bei 5 Prozent liege. An der gleichen Stelle hatte er zwei Wochen zuvor Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) unter anderem gemahnt, alle Umlagen zur Finanzierung der Erdgasnotlage zu stoppen. Sein offener Brief war viel diskutiert worden. Eine seiner Forderungen sei inzwischen im Sande verlaufen, urteilte Schneegans am Mittwoch: Die Gasumlage werde zum 1. Oktober 2022 eingeführt.

„Die seitens des Bundeswirtschaftsministeriums unternommenen Anstrengungen in Brüssel, die Umlage wenigstens von der Mehrwertsteuer zu befreien, ist erwartungsgemäß fehlgeschlagen“, kommentierte der Stadtwerke-Chef zugleich. Er könne die Bundesregie-

Axel
Schneegans

Vorstandsvorsitzender
der Stadtwerke
Freiberg AG

FOTO: DIANA BÖHM/STADTWERKE



„nur aufrufen, wenigstens für den Zeitraum der Energiekrise, auf Strom und Erdgas den ermäßigten Steuersatz von 5 Prozent zu erheben. Hierfür bedürfte es wahrscheinlich nicht einmal der Zustimmung aus Brüssel: „Aufgrund der zu erwartenden Vervierfachung der Energiepreise wäre dies aber mehr als gerecht.“

Laut Schneegans beläuft sich der Erdgasumsatz der Freiburger Stadtwerke pro Jahr auf etwa 500 Millionen Kilowattstunden. Die Umlage von netto 2,419 Cent pro Kilowattstunde würde sich allein hier auf jährlich mehr als 12 Millionen Euro summieren – ohne Mehrwertsteuer. Die Umlage soll von allen Erdgasverbrauchern erhoben werden – egal ob es sich dabei beispielsweise um einen Industriebetrieb oder um

einen Privathaushalt handelt. So rechnet die Wohnungsgenossenschaft Freiberg nach den Worten von Thomas Buckreus mit durchschnittlichen Umlagekosten von etwa 150 Euro pro Jahr netto bei einer 58-Quadratmeter-Wohnung. Müsse die Genossenschaft auch hier wie bei den extrem gestiegenen Energiepreisen selbst in Vorleistung gehen, so der Vorstandsvorsitzende weiter, würden dafür liquide Mittel benötigt, „die uns natürlich dann an anderen Stellen fehlen werden“.

In seinem offenen Brief an Wirtschaftsminister Habeck hatte der Stadtwerke-Chef am 3. August insgesamt sieben Forderungen erhoben. „Die ausbleibende Antwort aus dem Ministerium wird vielen befremdlich vorkommen. Ehrlich gesagt, hätte ich mir eine solche Antwort zwar gewünscht, habe jedoch nicht wirklich damit gerechnet“, erklärte Schneegans am Mittwoch. Er habe trotzdem sein Ziel erreicht, einen Beitrag zum Diskurs zu leisten, und bedanke sich nochmals herzlich für die vielen Kommentare.



Die Freiburger Stadtwerke versorgen über 10.000 Wohnungen mit Fernwärme, die fast komplett mit Erdgas erzeugt wird. Ab Oktober wird darauf eine Umlage von netto 2,419 Cent pro Kilowattstunde erhoben. FOTO: MILDNER/ARCHIV